

Marina Ferhatovic, Schweden

Gesetzliche Grundlage

Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights Enforcement Directive, IPRED), die am 01.04.2009 in Schweden in Kraft getreten ist.

Piratenparadies:

Eine Welt der Kriminalität, der Freiheit und der Verherrlichung des Internets

Schweden, bislang als Land des hohen Lebensstandards, des Möbelgiganten Ikea und zuverlässiger Autos bekannt, hat sich unter den Augen der Machthaber in ein Piratenparadies verwandelt. Die durch die EU initiierte Richtlinie zur Durchsetzung Geistiger Eigentumsrechte (IPRED), die dem Filesharing eine Grenze setzen sollte, hat den Krieg um das Internet eskalieren lassen und der Piratenpartei Rückenwind verschafft - wodurch sie direkt ins Europaparlament hineinsegeln konnte.

Als Kinder erschreckte man uns mit Märchen von habgierigen Piraten, die auf den Meeren plünderten und Schätze stahlen. Heute ist uns eine andere Art Piratentätigkeit bekannt. Sie findet im Wohnzimmer des normalen Durchschnittsschweden statt. Da tun sich junge untadelige Leute an urheberrechtlich geschütztem Material gütlich. Wenn eine teure Hollywoodproduktion auf der Filmleinwand erscheint, ist sie schon einen Tag später von mehreren Tausend Piraten auf den heimischen Computern gesehen worden. Alles - von wackligen Kameraaufnahmen bis zu Versionen in DVD-Qualität - landet auf den unterschiedlichsten Filesharing-Seiten. Die schwedische *The Pirate Bay* ist eine der größten von dieser Sorte. Das Internet ist zu einer Art digitalem Ozean geworden, auf dem die Filesharer mit wenigen raschen Bewegungen des Zeigefingers Kulturschätze erbeuten können.

Es hat sich als nahezu unmöglich erwiesen, den Verkehr auf diesem Ozean zu regeln und einzuschränken. Der bisher letzte Regulierungsversuch ist das IPRED-Gesetz, das in diesem Jahr vom schwedischen Reichstag verabschiedet worden ist. Das Gesetz basiert auf der sogenannten IPRED-Richtlinie (International Property Rights Enforcement Direktive), die 2004 vom Europaparlament beschlossen worden war. In der Praxis sichert die schwedische Version dieser Richtlinie den Urhebern oder Branchenverbänden das Recht zu, die Herausgabe der IP-Adressen (die spezielle Adresse eines jeden Computers) solcher Kunden zu verlangen, die des umfassenden Herunterladens und Verbreitens urheberrechtlich geschützter Dateien verdächtig sind, um diese dann mit direkten Forderungen zu konfrontieren.

Als hätte man den Spott der Piraten herausfordern wollen, ließ man dieses Gesetz ausgerechnet am 1. April in Kraft treten. Parallel dazu wurde auch das Verfahren gegen *The Pirate Bay*, die schwedische Filesharing-Seite, eingeleitet. Das direkte Ergebnis war ein Rückgang des Internetverkehrs und ein erhöhter Verkauf von CDs und DVDs.

Aber die Gegenreaktion ließ nicht lange auf sich warten. Wütende Proteste überschwemmten die Bloggersphäre. Junge, als Piraten verkleidete Leute demonstrierten vor dem Stockholmer Gericht, in dem die Schuld des Filesharing-Riesen zur Verhandlung stand, und Piratpartiet (die Piratenpartei) konnte mehrere Tausend neue Mitglieder gewinnen.

Wie Pilze schossen auch Anonymisierungsdienste aus dem Boden, die ihre Hilfe beim Umgehen des Gesetzes anboten. Anders, 24 Jahre alt, hatte keine Sekunde gezögert, einen solchen Service in Anspruch zu nehmen.

„Wenn das hier ein Krieg ist, dann hat die Industrie ihn im selben Augenblick verloren, in dem man das Wort Krieg dafür benutzt hat“, sagt er.

Anders lädt jede Woche zehn bis fünfzehn Alben herunter, doch würde er sich vermutlich nicht als Pirat bezeichnen. Weit und breit sind auch weder Totenkopf noch Augenklappe zu sehen. Er nennt seinen richtigen Namen nicht, weil er als Programmierer in einem Göteborger Unternehmen arbeitet und bei der Firmenleitung nicht anecken will. Überhaupt lebt Anders ein Leben, wie es der Traum jedes Schweden ist: Zusammen mit seiner Freundin ist er gerade in ein Reihenhaus vor der Stadt gezogen.

Die Gegend ist ruhig, das perfekte Wohnumfeld, wenn man eine Familie gründen will – und das haben die beiden nach der Heirat in diesem Jahr auch vor. In ihrer sonnendurchfluteten Küche, wo sie an einem Mainachmittag Kaffeetrinken wollen, herrscht die pure Idylle. Katzen schnurren, die Kaffeemaschine gurgelt und von einem Eckschrank erklingt das Surren einer Festplatte, die hauptsächlich zum Downloaden genutzt wird.

Hier ist das Internet Teil des Alltags. Alles, von Rezepten für vegetarische Gerichte, die die beiden gemeinsam zubereiten, bis zur Musik, die einen großen Platz in ihrem Leben einnimmt, kommt aus dem Netz. Über das Internet, ein Online-Forum für elektronische Musik, haben sie sich auch kennen gelernt. Bis heute verbindet sie das gemeinsame Interesse an Musik, sie laden neue Alben herunter und gehen auf Konzerte.

„Gäbe es die Möglichkeit des Filesharing nicht, hätte ich nie so viel gute Musik aus aller Welt gehört oder so viele phantastische Konzerte besucht. Außerdem glaube ich nicht, dass diese Konzerte ausgebucht gewesen wären“, sagt Anders.

Das IPRED-Gesetz empfand er als Angriff auf diesen Lebensstil. Noch am selben Tag, als das Gesetz in Kraft trat, kontaktierte er einige computerkundige Freunde, um herauszufinden, wie man eine entlarvende IP-Nummer kaschieren könnte. Heute läuft sein gesamter Internetverkehr über eine verschlüsselte Verbindung zu Servern in Ländern, wo die Anti-Piraterie-Gesetze nicht so streng sind. Wer zum Beispiel seine Internet-Aktivitäten überprüft, muss denken, er säße in Russland.

„Es ist wirklich lachhaft, dass man so handeln muss“, sagt er. „Aber es war einfach unangenehm zu spüren, wie einem die Kontrolle und Überwachung derart dicht auf den Pelz rückte. Hier geht es nicht nur ums Filesharing, sondern um die Bedrohung der Rechtssicherheit. Wie soll sich einer sicher fühlen, wenn die EU und der schwedische Reichstag es zulassen, dass Interessenorganisationen die Arbeit der Polizei übernehmen?“

Anders erinnert sich an eine andere, in seinen Augen unschuldigere Zeit. Er kam schon in jungen Jahren mit dem Internet in Kontakt, als Zwölfjähriger, wenn er seine Großmutter an ihrem Arbeitsplatz im Landtag besuchte. Er erlebte das Web als alternative Wirklichkeit, in der alle Kultur frei zugänglich war und jeder jemanden finden konnte, mit dem er gemeinsame Interessen hatte. Den größten Teil seiner Jugend bis zum heutigen Tag hatte er einen unbegrenzten, direkten Zugang zu urheberrechtlich geschützter Musik, zu Filmen und Ideen. Und betrachtet das als eine Art Grundrecht. Ums Geld, sagt er, gehe es ihm dabei gar nicht.

„Ich will mich nicht ums Bezahlen drücken. Ich kaufe gern ein T-Shirt auf einem Konzert oder eine CD, die mir gefällt. Nein, es geht darum, an all dem Phantastischen, das es da draußen gibt, teilhaben zu können. Ich weiß, dass es als ungesetzlich gilt, doch das dürfte es nach meiner Meinung nicht sein“, sagt er.

Jung, frech und respektlos? Vielleicht. Aber keine Ausnahme. Nach einer aktuellen Meinungsumfrage, durchgeführt vom Rechtssoziologischen Institut der Universität Lund, ist die Mehrzahl der Jugendlichen derselben Ansicht. Mehr als Tausend Fünfzehn- bis Fünfundzwanzigjährige wurden befragt, 75% gaben an, die Tatsache, dass das Filesharing ungesetzlich sei, sei für sie noch lange kein Grund, darauf zu verzichten. Fast ebenso viele sagten, dass auch eine weitere Verschärfung der Gesetze sie nicht am Filesharing hindern würde.

Håkan Hydén, der Leiter der Untersuchung, und Samuel Pufendorf, Professor der Rechtssoziologie, waren von diesen Ergebnissen nicht überrascht. „In dieser Sache gibt es eine ungewöhnlich tiefe Kluft zwischen dem Gesetz und der Wirklichkeit. Nur ein ganz kleiner Teil der Gesellschaft verurteilt das ungesetzliche Filesharing.“ Filesharer und etablierte Gesellschaft lebten sich immer weiter auseinander. Und der tiefe Grund dafür liege in der Tatsache, dass hier die Grenze zur Privatsphäre tangiert werde. „Man tendiert dazu, in der Benutzung des heimischen Computers eine Privatangelegenheit zu sehen. Viele Menschen sind der Ansicht, eine Überwachung in der eigenen guten Stube stelle eine Identitätsverletzung dar“, sagt Håkan Hydén. Die Piraten sind für ihn keine habgierigen Diebe, sondern Kinder ihrer Zeit, die ihr Recht verteidigen, das volle Potential der neuen Technik zu nutzen. „Man kann nicht das Rad erfinden und die Leute dann zwingen, zu Fuß zu gehen. Das hier ist ein Konflikt zwischen den am Filesharing beteiligten Jugendlichen und einer alten Sichtweise, hinter der die etablierte Gesellschaft, die Politik und das Rechtswesen stehen. Wir befinden uns vielleicht am Beginn einer digitalen Revolution“, meint er.

Zum politischen Repräsentanten des Neuen hat sich die Piratenpartei erklärt. Die Bewegung wurde zu Beginn des Jahres 2006 gegründet mit dem Ziel, die Freiheit im Netz zu verteidigen. Schon im Februar dieses Jahres - zum selben Zeitpunkt fand das Verfahren gegen *The Pirate Bay* statt und das IPRED-Gesetz wurde vom schwedischen Reichstag verabschiedet - erreichte diese Partei zum ersten Mal eine Mitgliederzahl von mehr als Zehntausend. Heute gibt es fast 50 000 registrierte Piratpartei-Aktivisten - damit hat diese Partei mehr Mitglieder als so etablierte Parteien wie Centerpartiet (Zentrumspartei), Miljöpartiet (Umweltpartei) und Vänsterpartiet (Linkspartei).

„Es gibt nicht viele Themen, die eine so große Durchschlagskraft besitzen und so viele junge Leute engagieren wie das Internet“, erklärt Kalle Vedin, 25 Jahre alt und Vorsitzender des Göteborger Wahlkreises. Er hockt im *Kafé Vanilj* in Göteborg, in dem die Partei jeden Donnerstag zum sogenannten Piratenkaffee einlädt. Im dunklen Kellerraum des Cafés sitzen dichtgedrängt knapp zwei Dutzend Leute in den Zwanzigern. Auch hier sind weder Totenköpfe noch Augenklappen zu sehen, nur das eine oder andere lila T-Shirt mit dem Logo der Piratenpartei: schwarzes Segel auf weißem Grund, zum P geformt. Bis zur Wahl des Europaparlaments bleiben nicht viel mehr als vier Wochen.

Kalle Vedin ist einer der Aktivisten, die von Anfang an dabei waren und miterlebt haben, wie sich die Piratenpartei von der totalen Anarchie zu einer strukturierteren Form entwickelt hat. Im Laufe der Jahre hat er mehrere Demonstrationen mitorganisiert und Informationen über die Partei verbreitet. Einen Großteil der Kosten für diese Parteitätigkeit hat er selbst getragen, trotz seines niedrigen Studenteneinkommens. Heute verfügt die Partei über ein eigenes Budget, das auf Schenkungen von Sympathisanten beruht. Obendrein wurde die erste Jahrestagung abgehalten und ein Vorstand gewählt. Auf diese Weise ist Kalle Vedin auch zu seinem Titel als Vorsitzender des Wahlkreises gekommen, was ihn selbst ziemlich kalt lässt.

„Titel sind eigentlich sekundär. Wir tun das hier nicht um politische Karriere zu machen, sondern wollen eine Sache ändern, die wir für falsch halten“, sagt er.

Weder Kalle Vedin noch die anderen Parteiaktivisten sehen aus wie Politiker. Nach eigenen Worten wären die meisten von ihnen nicht mal an Politik interessiert, wenn es die Piratenpartei nicht gäbe.

Ihre Rhetorik ist ungeschliffen, die Ideologie konfus, aber ihr Engagement wirkt echt. Sie kämpfen für eine Kultur, die jedem zugänglich ist, für freies Wissen und ein geschütztes Privatleben. Das Filesharing zwischen Privatpersonen soll, wenn es ohne Gewinnabsichten erfolgt, frei sein. Die Platten- und Filmbranche hält man für rückwärtsgewandt. Wenn sich Musik und Film in Daten verwandeln, ist es für die Piratenpartei nicht akzeptabel, am veralteten Geschäftsmodell festzuhalten, das auf Massenproduktion und dem Verkauf von

Platten basiert. Man stellt hier auch die für viele unangenehme Frage: Was ist wichtiger, der Schutz des Urheberrechts oder die persönliche Integrität des Einzelnen?

Für Kalle Vedin ist die Antwort klar. Wenn jemand eine Datei an eine andere Person schickt, kann man nur durch Überprüfung herausfinden, ob die entsprechenden Personen gegen das Urheberrecht verstoßen haben. Das halte ich für nicht akzeptabel“, sagt Kalle Vedin.

Der Weg vom Kellerraum im *Kafé Vanilj* bis zu den Korridoren des Europaparlaments scheint an diesem Mai-Donnerstag noch weit zu sein. Doch der Wahltag bringt den Donnerschlag, der in ganz Europa nachhallt: Die Piratenpartei erhält sieben Prozent der schwedischen Stimmen und gewinnt einen Platz im Parlament. Die Bloggersphäre jubelt, die Presse staunt, und die etablierten Parteien stutzen, während die Piraten mit Rückenwind gen Brüssel segeln.

Wie das Märchen von den Piraten enden wird, weiß keiner. Heute sind sie keine zwielichtigen Hintergrundfiguren aus den Kindermärchen mehr, denn sie haben einen Platz in Europas politischer Arena eingenommen. Ihr Wahlerfolg hat die Internetpolitik der etablierten Parteien beeinflusst und ähnliche Bewegungen in anderen europäischen Ländern angeregt. Egal wie die Aktivisten der Piratenpartei das Vertrauen der jungen Wähler verwalten mögen, eins ist ihnen jedenfalls schon jetzt gelungen: das Thema von Freiheit und Rechten im Internet auf die Tagesordnung zu setzen.

Kalle Vedin drückte es auf folgende Weise aus: „Ich fühle, dass wir an etwas Großem beteiligt sind. Vielleicht scheitern wir ja total, trotzdem ist es cool, wenn man seinen Kindern später erzählen kann, dass man einer der Piraten war - also der Gruppe angehörte, die es jedenfalls versucht hat.“

Aus dem Schwedischen von Gisela Kosubek